



Rechtsextremisten das Demonstrationsrecht nehmen

Rechtsterrorismus ist kein ostdeutsches Phänomen, sondern auch in den alten Bundesländern haben Rechtsextremisten Brandanschläge verübt und politisch Andersdenkende ermordet. Auch in Nordrhein-Westfalen. Wie durch ein Brennglas ist diese lange verdrängte Tatsache durch das Bekanntwerden der Mordserie der Zwickauer Gruppe wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Noch steht die Aufklärung der Terroranschläge der Zwickauer Gruppe erst am Anfang – trotz der inzwischen mehr als 500 eingesetzten Ermittlungsbeamten und trotz der zahlreichen inzwischen bekannt gewordenen Details. Aber es werden wahrscheinlich noch Wochen oder sogar Monate vergehen, bis endgültig Klarheit darüber herrscht, welche Unterstützer die Zwickauer Attentäter bei den Rechtsextremisten in den anderen Bundesländern hatten und welche weiteren Taten ihnen zugeordnet werden können. Auch in NRW. Auch die Frage, wie intensiv vom Verfassungsschutz geführte VL-Leute verstrickt waren, wird erst dann vollständig klar sein.

Dass aus den Morden der Zwickauer Gruppe Konsequenzen für die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit V-Leuten gezogen werden müssen, ist dennoch bereits jetzt unvermeidlich. Auch, dass die Verantwortlichen für diesen Skandal zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Denn das Ausmaß der jetzt bekannt gewordenen rechtsextremistischen Hintergründe einzelner Mordtaten wird immer erschreckender: 47 Menschen sind nach Angaben der Bundesregierung seit der Wiedervereinigung in Deutschland rechtsextremistischen Mordanschlägen zum Opfer gefallen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ ist bei eigenen Recherchen sogar auf mehr als 140 Ermordete gekommen. Nach den neuesten Erkenntnissen muss diese Zahl wohl noch weiter nach oben korrigiert werden.

Zu den Fällen, die jetzt neu aufgerollt werden, gehören auch Mordanschläge in

NRW. Neben dem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße im Juni 2004 und dem Bombenanschlag auf die S-Bahnstation Düsseldorf-Wehrhahn im Jahre 2000 zählt dazu auch der Mord an dem Dortmunder Kioskbesitzer Mehmet

nach dem 11. September 2001 islamistische Terrorgruppen stärker in den Blick genommen haben. Aber es war falsch, dass die Politik Polizei und Verfassungsschutz nicht im gleichen Umfang Ressourcen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung gestellt hat“, sagte Richter gegenüber Journalisten. Zudem fordert die GdP ein konsequenteres Vorgehen gegen jede Form von rechtsextremistischen Gruppierungen. Das sei nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern der gesamten Gesellschaft.

In den vergangenen Jahren war die Polizei immer wieder dafür kritisiert worden, dass sie auch einer rechtsextremistischen Organisation wie der NPD die Möglichkeit einräumen muss, für ihre menschenverachtenden



Kubasik 2006. Auch der Mord an drei Dortmunder Polizisten, die im Juni 2000 bei einer Verkehrskontrolle erschossen worden sind, soll neu aufgerollt werden. Die Ermittler hatten seinerzeit einen politischen Hintergrund der Tat ausgeschlossen. Dass kurz nach den Morden ein Flugblatt einer Neonazi-Kameradschaft auftauchte, auf dem es hieß: „3:1 für Deutschland – Berger war ein Freund von uns“, blieb dabei unbeachtet.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat deshalb unmittelbar nach Bekanntwerden der Hintergründe der damaligen Taten nicht nur auf eine konsequente Überprüfung aller ungeklärten Taten gedrängt – einschließlich eines möglichen rechtsextremistischen Hintergrundes – sondern er hat auch einen Kurswechsel in der Terrorbekämpfung gefordert. „Es war richtig, dass wir

den Ziele auf die Straße zu gehen. Für die Polizei sind NPD-Aufmärsche ein Dilemma, so lange sie keine rechtliche Handhabe hat, sie zu verbieten. In der Vergangenheit hat die GdP sich deshalb nicht nur immer wieder für ein NPD-Verbot stark gemacht, sondern sie hat darüber hinaus die Politik aufgefordert, allen rechtsextremistischen Gruppierungen, die auf eine Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts zielen, die Möglichkeit zu entziehen, sich auf das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit berufen zu können. „Diese Initiative stieß in der Öffentlichkeit und bei den Politikern stets auf große Sympathie, aber den verantwortlichen Politikern fehlte es am notwendigen Umsetzungswillen. Daran muss sich endlich etwas ändern“ fordert Richter.



Die Stunde der Demokraten

Wer am 17. November die Aktuelle Stunde über „Neue Form des rechten Terrors“ im Düsseldorfer Landtag erlebt hat, hat eine Sternstunde des Parlaments erlebt. Viel war dort von Scham die Rede, von der Schuld, allzu lange wegesehen zu haben, als die späteren Opfer der Zwickauer Mordserie und dann deren Hinterbliebene um Schutz gebeten haben. Denn vieles, was heute wie in einem Brennglas deutlich wird, hätte uns schon viel früher bewusst sein können.



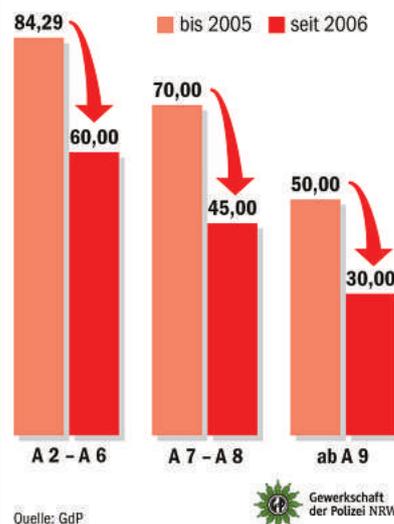
Auch wenn es um Rechtsextremismus geht, üben sich die Parteien im Düsseldorfer Landtag gerne im gegenseitigen Schlagabtausch, statt die Gemeinsamkeit der Demokraten zu suchen. Am 17. November war das anders. Diese Debatte könnte ein Anfang dafür sein, mit dem Rechtsextremismus anders umzugehen. Was spricht eigentlich dagegen, wenn es um Gewaltexzesse von Rechtsextremisten geht, die Taten nicht immer gegen die Gewalt linker Autonomen aufzurechnen? Was spricht dagegen, dass alle Parteien und demokratischen Organisationen gemeinsam auf die Straße gehen, wenn die Rechtsextremisten marschieren wollen? Und nicht nur die, die das immer schon getan haben.

Um nicht missverstanden zu werden: Das bedeutet nicht, bei Gewalt von Linksautonomen zu schweigen. Auch die GdP hat deren Gewalt immer wieder angeprangert. Aber es geht nicht darum, Gewalt gegen Gewalt aufzurechnen, sondern es geht darum, der braunen Gewalt in Deutschland endlich den Boden zu entziehen.

Frank Richter

Radikal gekürzt

Weihnachtsgeld für NRW-Beamte
(In Prozent der Monatsbezüge)



Polizisten erhalten im Gegensatz zu den Beschäftigten in der Wirtschaft nur ein Mini-Weihnachtsgeld. Ab A 9 gibt es gerade einmal 30 Prozent eines normalen Monatsentgelts. Früher war das anders: Bis 2006 gab es 50 Prozent, bis 1993 sogar 100 Prozent. Bei der Bundespolizei ist die Kürzung inzwischen wieder zurückgenommen worden. Ab 2012 gibt für Bundesbeamte 60 Prozent Weihnachtsgeld. Das gilt aber nicht für Landesbeamte. Für den 21. Dezember – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – hatte die GdP deshalb zur Aktion Weihnachtsgeld vor dem Düsseldorfer Landtag aufgerufen. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Zu wenig Lehrkräfte für „K“

Der Erlass vom 27. Juli zum Nacherstattungsverfahren 2011 hat in den zurückliegenden Monaten häufig Anlass zur Kritik und Diskussion gegeben. Insbesondere die umstrittenen Regelungen für den Zugang zur Direktion K sind immer noch in aller Munde. Nun kommt eine weitere Variation hinzu, die die Kritik der GdP unterstreicht.

Weil die grundsätzliche Dauer einer Lehrtätigkeit vier Jahre beträgt, ist das LAFP gehalten, jährlich etwa 25 Prozent der Stellen für Lehrende in der Aus- und Fortbildung landesweit auszuschreiben. Dabei besteht ein großes Interesse, auch Kolleginnen und Kollegen des Ermittlungsdienstes zu gewinnen. Die Erlasslage vom Juli 2011 führt aber dazu, dass Polizeibeamte, die vor ihrer Lehrtätigkeit

im Ermittlungsdienst einer Kreispolizeibehörde tätig waren, nach Ende ihrer Verwendung beim LAFP nicht mehr in die Direktion K ihrer Heimat- oder Wunschbehörde zurückkehren können, wenn sie älter als 30 Jahre sind. Eine weitere Konsequenz ist, dass sich geeignete Bewerber aus dem Bereich K gar nicht erst für eine Lehrtätigkeit bewerben. Für die GdP ist das eine unhaltbare Situation.

Von insgesamt 165 Bewerbungen für den Bereich der Ausbildung sind in den vergangenen Monaten gerade einmal 14 aus dem Ermittlungsdienst gekommen. Noch schwieriger ist die Situation im Bereich Fortbildung. In der Abteilung 2 – Kriminalitätskontrolle – des LAFP waren insgesamt sechs Stellen für Lehrende ausgeschrieben. Für vier Stellen davon

gab es insgesamt sieben Bewerber. Für die anderen zwei Stellen fand sich gar kein Interessent. Eine Situation, die für das LAFP, aber auch für die Qualität der Aus- und Fortbildung insgesamt äußerst problematisch ist.

Um eine genügend große Zahl von Kolleginnen und Kollegen aus den Ermittlungsdiensten für eine Lehrtätigkeit in der Aus- und Fortbildung zu gewinnen, ist dringend eine veränderte Erlassregelung erforderlich. Kolleginnen und Kollegen, die aus der Direktion K in eine Lehrtätigkeit wechseln, muss nach dem Ende ihrer Lehrtätigkeit eine Rückkehr in den Ermittlungsdienst zugesichert werden. Die GdP und der Polizei-Hauptpersonalrat werden sich nachdrücklich dafür einsetzen.



GdP setzt neue Wintermütze durch



Das Medieninteresse war riesig, als die GdP am 30. November in der Düsseldorfer Altstadt ihre Aktion Wintermütze gestartet hat. Vier Kamerateams und mehrere Agenturfotografen haben die Übergabe der ersten, von der GdP gespendeten 5000 Wollmützen an Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes

gedacht, die bei Wind und Wetter draußen ihren Dienst versehen. Ihnen fehlt im Winter ein wärmender Kopfschutz, weil die vom Innenministerium zur Verfügung gestellte Russenmütze nicht nur von den Kolleginnen und Kollegen abgelehnt wird, sondern auch von der Bevölkerung.

tes im Bild festgehalten. Kurz darauf haben auch die Kreisgruppen mit der Verteilung der Mützen begonnen.

„Polizei“ steht in weißen Buchstaben vorne auf der Mütze, das GdP-Logo ist auf der Seite angebracht. Die GdP-Mütze ist vor allem für die Kolleginnen und Kollegen des Wach

„Mit der Aktion Wintermütze haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die GdP niemanden in der Kälte alleine lässt“, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter beim Start der Aktion in Düsseldorf. Eine Forderung, die nicht nur von der GdP geteilt wird: Am 8. Dezember hat die vom Hauptpersonalrat angerufene Einigungsstelle entschieden, dass die Polizisten in NRW in Zukunft als Alternative zur Russenmütze auf eine blaue Fleecemütze zurückgreifen können. Welche Mütze die Polizisten benutzen, dürfen sie selber entscheiden.

Die GdP hat die Entscheidung der Einigungsstelle begrüßt. „Hätten wir den Mützen-Skandal nicht öffentlich gemacht, wäre es bei der Russenmütze geblieben, die keiner haben will“, sagte Richter. Die GdP erwartet jetzt, dass die neue Fleecemütze den betroffenen Kolleginnen und Kollegen kurzfristig zur Verfügung gestellt wird, damit sie noch in diesem Winter zum Einsatz kommt.

Fragen an: Monika Düker zur Ruhegehalttsfähigkeit der Polizeizulage



Im Koalitionsvertrag haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Wiedereinführung der Ruhegehalttsfähigkeit der Polizeizulage angekündigt, passiert ist bislang aber noch nichts. Die Redaktion hat deshalb die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Monika Düker, gefragt, wann der Ankündigung Taten folgen.

Rot/Grün hat versprochen, dass die Polizei- und Feuerwehrezulage wieder bei der Berechnung des Pensionsanspruchs berücksichtigt wird. Gilt die Ankündigung noch?

Der Koalitionsvertrag gilt. Derzeit ermitteln wir die genauen zusätzlichen Ausgaben, die durch eine Wiedereinführung entstehen, da wir eine neue Regelung ja auch mit finanziellen Mitteln im Haushalt hinterlegen müssen.

Von der SPD ist zu hören, dass die Grünen der Ruhege-

halttsfähigkeit nur zustimmen, wenn es gleichzeitig zu Strukturverbesserungen im Bildungsbereich kommt. Was hat das eine mit dem anderen zu tun?

Im Koalitionsvertrag ist neben der Wiedereinführung der Ruhegehalttsfähigkeit der Feuerwehr-, Polizei- und Justizzulage im Bildungskapitel vereinbart worden, dass die Altersteilzeitregelung über das Jahr 2012 beibehalten werden soll. Auch hier gilt der Vertrag und bindet uns an die Versprechen, die wir gemacht haben. Das eine wird aber nicht gegen das andere ausgespielt.

Politik ist dann erfolgreich, wenn sie ihre Ankündigungen auch umsetzt. Deshalb die Frage: Ab wann ist die Polizei- und Feuerwehrezulage wieder ruhegehalttsfähig, so wie das Rot/Grün im Koalitionsvertrag versprochen hat?

Mein Ziel ist es, dass wir im Laufe des nächsten Jahres die Grundlagen für eine Wiedereinführung schaffen. Dafür werde ich mich einsetzen. Als Minderheitsregierung ist selbstverständlich neben einer Verständigung mit dem Koalitionspartner auch eine Mehrheit im Landtag mit mindestens einer zusätzlichen Fraktion nötig.

0,5 Promille auch für Radfahrer

80 Radfahrer werden jedes Jahr alleine in NRW bei Verkehrsunfällen getötet, mehr als 14 000 verletzt. 2011 könnte die Zahl der Opfer sogar noch höher liegen. Nicht von ungefähr stand deshalb die Frage, wie die Zahl der im Straßenverkehr getöteten oder verletzten Fahrradfahrer nachhaltig gesenkt werden kann, im Mittelpunkt des eintägigen Verkehrsforums, zu dem die GdP am 24. November Mountainbiker der Polizei und Vertreter von Fahrradklubs sowie Fahrradexperten aus den Verkehrsdirektionen und der Wissenschaft eingeladen hatte.

Gleich zu Beginn des Verkehrsforums haben Landesbezirksvorsitzender Frank Richter und sein Vorstandskollege Michael Mertens daran erinnert, dass die GdP auch bei Fahrradunfällen auf die Vision Zero setzt – den langfristigen Rückgang der im Straßenverkehr getöteten und schwer verletzten Radfahrer auf null. Erfolge werde es aber nicht über Nacht geben, sondern nur, wenn alle Beteiligten gemeinsam an der Vision Zero arbeiten, Verkehrsplaner und Polizei, aber auch die Fahrradfahrer selbst.

Zwei Ansatzpunkte müssen aus Sicht der GdP im Vordergrund stehen: Zum einen müssen bei der Verkehrsplanung die Interessen der Radfahrer deutlich stärker berücksichtigt werden. Insbesondere müssen die einzelnen Verkehrsströme – von Fahrradfahrern und Autos, aber auch die von Fußgängern – besser integriert werden.

Der zweite Ansatzpunkt ist das Verkehrsverhalten der Radfahrer. Bereits in ihrem im Sommer beschlossenen Verkehrspolitischen Programm hatte die GdP dazu vier Vorschläge gemacht: 1. Die Angleichung der Promillegrenze von Radfahrern an die der Autofahrer, 2. eine nachhaltige Erhöhung der Helmtragequote, 3. eine Klärung der rechtlichen Einstufung elektrounterstützter Fahrräder und 4. die Schaffung klarer Regelungen zur Nutzung des innerstädtischen Verkehrsraums durch Fahrräder.



Zur Begründung einer niedrigeren Promillegrenze für Radfahrer erinnerte Vorstandsmitglied Michael Mertens auf dem Forum daran, dass bei jedem vierten Unfall, der von einem Radfahrer verursacht wird, der Radler berauscht ist. „Strafrechtlich beginnt die absolute Fahruntüchtigkeit erst bei unglaublichen 1,6 Promille“, kritisierte Mertens. Die GdP fordert deshalb die 0,5-Promillegrenze auch für Radfahrer.

25 zusätzliche Beförderungen nach A 15



Die Stimmung im höheren Dienst ist schlecht. Das Fehlen eines modernen Personalentwicklungskonzeptes für die Spitzenkräfte der Polizei, Wartezeiten von fast zehn Jahren auf das erste Beförderungamt und die mangelnde Wertschätzung durch das Ministerium – all das hat seine Spuren hinterlassen. Doch jetzt gibt es eine erste Hoffnung auf eine langsame Verbesserung der Situation: 2012 sollen 25 Polizeibeamte des höheren Dienstes, die bis-

lang nach der Besoldungsgruppe A 14 bezahlt werden, aber Funktionen im Bereich der Besoldungsgruppe A 15 wahrnehmen, höher gruppiert werden. Das hat der Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium, Wolfgang Düren, Ende November auf einer Führungskräfte-Tagung der GdP angekündigt. Die Ausweitung der Stellen im Bereich A 15 soll auf fünf

Jahre beschränkt gelten. Sie ist nicht mit einer Ausweitung des Stellenplans im höheren Dienst verbunden.

Dass es zu den 25 zusätzlichen Beförderungen kommt, ist einer Initiative der GdP zu verdanken. „Ohne die Anregung der GdP wäre das nicht passiert“, erklärte Ministerialdirigent Düren auf der HD-Tagung der GdP. Innenminister Ralf Jäger habe sich die Hinweise der GdP, dass es beim höheren Dienst einen massiven Be-

förderungsstau im Bereich A 15/A 16 gibt, ausdrücklich zueigen gemacht und entschieden: „Wir machen das“. Einen Spielraum für weitere Beförderungen im höheren Dienst gebe es derzeit aber nicht. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter lobte auf der HD-Tagung die Entscheidung Jägers. „Das sind nicht nur 25 Beförderungsmöglichkeiten mehr im höheren Dienst, sondern dass ist ein wichtiges Signal, dass die Politik etwas für die Polizei tut“, sagte Richter. Dennoch sieht die GdP beim höheren Dienst weiteren Nachholbedarf. Gemeinsam mit Vertretern des höheren Dienstes hat sie deshalb in den vergangenen Monaten ein umfangreiches Positionspapier zur Situation der Führungskräfte bei der Polizei in NRW erarbeitet.

Das Positionspapier, das zahlreiche detaillierte Verbesserungsvorschläge enthält, soll in Kürze, versehen mit den Unterschriften von Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) überreicht werden.



Wir sind die GdP



Fast 20 000 Polizistinnen und Polizisten waren Mitte November beim Castor-Transport im Wendland eingesetzt, etliche davon aus NRW. Kein einfacher Einsatz, weil der Castor-Transport neben Tausenden von friedlichen Demonstranten erneut auch gewaltbereite Chaoten angezogen hat, aus deren Reihen die Polizei massiv angegriffen worden ist. Zudem kam es auch 2012 für die an der Castor-Strecke eingesetzten Polizisten zu Megaschichten von bis zu vierzehn Stunden Dauer und zu Versorgungsengpässen.

Bereits seit Jahren versucht die Junge Gruppe dieses Problem zumindest zu mildern und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit allerlei Serviceleistungen zu unterstützen. Mit dabei im 16-köpfigen Team der Jungen Gruppe waren auch in diesem Jahr wieder Vertreter aus NRW, PHJAV-Vorsitzender Ernst Herget (Foto) und Gewerkschaftssekretärin Sandra Anders.

Die Teams der Jungen Gruppe waren mit drei Autos rund um die Uhr unterwegs, von Lüneburg bis Gorleben. Immer mit dabei:

Heißgetränke, Süßigkeiten, Regenponchos oder was das Herz sonst noch begehrt. Kolleginnen und Kollegen, die Unterstützung brauchten, konnten ihre Wünsche jederzeit über die 24-Stunden-Hotline der Jungen Gruppe äußern – vom Big Mac bis zur fehlenden Kühlflüssigkeit für den Einsatzwagen. „Die Resonanz war wieder überwältigend. Da lohnt es sich sogar, für den Einsatz extra frei zu nehmen und den eigenen Urlaub zu opfern“, findet Ernst Herget. Der PHJAV-Vorsitzende hatte sich in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal dem Betreuungsteam der Gewerkschaftsjugend angeschlossen. „Ich würde das jederzeit wieder machen, damit die Kolleginnen und Kollegen merken, dass wir nah bei ihnen sind.“ Geht es nach der Bundesregierung, könnte das schon bald erneut notwendig sein, denn Schwarz/Gelb will im kommenden Jahr die in Jülich zwischengelagerten Castoren ins Zwischenlager Ahaus verlegen.

GdP aktiv

17. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen, 14.00 Uhr, Gaststätte „Kommer“, Forster Linde 57, Aachen

18. 1., Skat- u. Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, Haus „Rasche-Neugebauer“, 18.00 Uhr, Wilhelmstraße 1, Bad Sasendorf

19. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, 16.30 Uhr, Kantine Finanzamt Bottrop, Scharnhölzstr. 33, Bottrop

19. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14.30 Uhr, Festhalle, Carl-Diem-Straße 6, Heinsberg-Oberbruch

24. 1., Mitgliederversammlung mit Jubilarehrungen der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15.00 Uhr, Gaststätte „Berghäuser Hof“, Hattinger Straße 121, Schwelm

25. 1., Teil-Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn für aktive Regierungsbeschäftigte, 14.30 Uhr, PP Bonn, großer Sitzungssaal, Thema: „Aufstellung von Kandidaten für die Personalratswahl“

26. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 16.00 Uhr, Gaststätte „Buschklaus“, Heidbredenweg 2, Hille-Hartum

Musterklagen in Sachen Verwendungszulage

Mit Datum vom 28. April 2011 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass einem Beamten, dem die Aufgaben eines unbesetzten höherwertigen Amtes vertretungsweise übertragen werden, eine Zulage nach § 46 Abs. 1 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes auch für den Fall zustehen, dass die Übertragung auf Dauer angelegt ist.

Das bedeutet, dass jeder Beamtin und jedem Beamten, dem eine höherwertige Tätigkeit übertragen wurde, eine Differenzzahlung zusteht, wenn

- die höherwertige Tätigkeit übertragen und mindestens 18 Monate ausgeübt wurde
- und es sich zudem um eine sogenannte Vakanzvertretung handelt, bei der es an einem Stelleninhaber mit funktionsgerechtem Statusamt fehlt. In Fällen einer Verhinderungsververtretung (also z. B. bei Krankheit des eigentlichen Planstelleninhabers), wird dagegen keine Zulage gewährt.

Darüber hinaus besteht ab 18 Monaten in einer höherwertigen Tätigkeit grundsätzlich ein Anspruch auf Zahlung der Verwendungszulage. Das gilt unabhängig davon, ob die Tätigkeit vertretungsweise, zeitlich unbeschränkt, endgültig oder auf Dauer übertragen worden ist.

Um diesen Rechtsanspruch in der Praxis durchzusetzen, führt die GdP zurzeit zwei Musterverfahren. Damit bis zum Vorliegen der entsprechenden Urteile die Ansprüche aller anderen betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht verlorengehen, hat die GdP mit dem zuständigen Abteilungsleiter der Polizei, Wolfgang Düren, vereinbart, dass das Ministerium alle in der gleichen Sache eingehende Anträge bis zum Abschluss der Musterprozesse ruhend stellen wird. Zudem wird das Ministerium auf die Einrede der Verjährung verzichten.

Musteranträge stehen auf der Homepage zum Download: www.gdp-nrw.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 7. 1. Kurt Kaltenbach, Gelsenkirchen
- 10. 1. Theodor Ass, Werne
- 11. 1. Margarethe Kedzia, Bottrop
- 12. 1. Martha Sieptroth, Iserlohn
- 13. 1. Josef Nowak, Herne
- 17. 1. Doris Kirschhausen, Bonn
- 18. 1. Walter Volkmann, Eiterfeld
- 20. 1. Fritz Wettstein, Düsseldorf
- 23. 1. Franz Bosbach, Herne
- 24. 1. Leo Kowalski, Dortmund
- 25. 1. Helene Linges, Mönchengladbach
Lina Helene Schneider, Remscheid
- 29. 1. Margareta Malchers, Hamburg
- 30. 1. Eitel Lindner, Essen
- 31. 1. Josefine Koll, Köln

91. Geburtstag

- 1. 1. Alfred Bendler, Bergisch Gladbach
Horst Fritz, Viersen
- 9. 1. Gerda Allendorf, Witten

- 10. 1. Erich Tarnow, Köln
Anneliese Wiggers, Wuppertal
- 11. 1. Werner Korf, Münster
- 15. 1. Gertrud Reiners, Neuss
- 16. 1. Johann Rochhold, Selm
- 19. 1. Hildegard Holten, Düsseldorf
- 20. 1. Magdalene Schneider,
Engelskirchen
- 22. 1. Marianne Matheus, Lam
- 24. 1. Johannes Koch, Warburg
- 30. 1. Friedrich Schützeberg, Duisburg

92. Geburtstag

- 5. 1. Maria Ehrentreich, Dortmund
- 6. 1. Erika Ohl, Düsseldorf
- 9. 1. Gertrud Voessing, Kall
- 10. 1. Theodor Rodekirchen, Köln
- 13. 1. Paula Fröhlich, Meschede
- 14. 1. Margarete Fleischmann, Warstein
Angelika Schnee, Köln
- 15. 1. Erich Loosen, Remagen
- 18. 1. Helene Fritsching, Unna
- 20. 1. Hans Stein, Mönchengladbach
- 26. 1. Gertrud Wilps, Düsseldorf

93. Geburtstag

- 6. 1. Margarete Kühnkamp,
Recklinghausen
- 20. 1. Käte Kortewille, Mülheim
- 23. 1. Elfriede Sommer, Bergkamen
Hannelotte Stöth, Duisburg

94. Geburtstag

- 3. 1. Hildegard Heumann, Geseke

95. Geburtstag

- 7. 1. Georg Bohms, Düren
- 19. 1. Bernd Katthöfer, Essen
- 25. 1. Maria Warmers, Rhede

96. Geburtstag

- 11. 1. Erika Brockmann, Bodnegg
- 15. 1. Kurt Riedel, Haltern

97. Geburtstag

- 30. 1. Franz Brinkert, Datteln

98. Geburtstag

- 5. 1. Edeltraud Gulgowski,
Oberhausen
- 15. 1. Berta Hellweg, Lage
- 21. 1. Agnes Paßmann, Gelsenkirchen

100. Geburtstag

- 20. 1. Herta Bastan, Köln

102. Geburtstag

- 30. 1. Fernandine Schink, Menden

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe
ist der 9. Januar 2012.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Vorgestellt

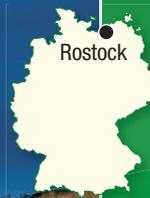


Fünf Monate nach dem Ausscheiden von Heinz Rump arbeiten seit dem 1. Januar wieder acht politische Sekretärinnen und Sekretäre beim GdP-Landesbezirk NRW. Der aus Leverkusen stammende Jan Velleman, 36, hat neben Jura Politikwissenschaften in Trier und Lund (Schweden) studiert. Seit 2002 war er Büroleiter und Pressesprecher bei EuroCOP in Luxemburg, dem Dachverband der europäischen Polizeigewerkschaften. Für Jan Velleman ist die GdP deshalb alles andere als Neuland. In der Geschäftsstelle in Düsseldorf ist er in Zukunft für die Bereiche Personalvertretungsrecht, Verkehr sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz zuständig.





Ostsee / Rostock-Warnemünde



TRIHOTEL
AM SCHWEIZER WALD
Hotel · Kultur · Wellness

5-tägige Reise

ab € **199,-**

pro Person im Doppelzimmer

- Inkl. 1 x romantisches Candle-Light Dinner oder TRIHOTEL Buffet-Gaumenschmaus
- Inkl. 1 x Aroma-Öl-Teilmassage oder Beauty-Gesichtsbehandlung

Erlebnisurlaub an der Ostsee



Entdecken Sie die fast 800 Jahre alte Universitäts- und Hansestadt Rostock! Genießen Sie die herrliche, klare Ostseeluft, Ihr ausgezeichnetes Hotel und die vielen Ausflugsmöglichkeiten in der Region.

Ihr 4-Sterne-superior TRIHOTEL am Schweizer Wald

Das privatgeführte First-Class Wellnesshotel ist Gewinner zahlreicher Gäste-Beliebtheitspreise und liegt an der Ostseeküste in direkter Waldlage, mit hervorragender Anbindung, auch an öffentliche Verkehrsmittel. Sowohl das ca. 1,3 km entfernte Stadtzentrum von Rostock als auch die Strände um Warnemünde (ca. 20 Min. Fahrtzeit) sind schnell zu erreichen. Das Haus bietet Restaurant, Wintergarten, Waldterrasse, legendäre Bar & Kleinkunstabühne SPOT 66 mit regelmäßigem Kulturprogramm, Kaminzimmer mit Bibliothek, Raucherlounge, Businesscorner, Lift, Shop und Friseur.

Die 101 Zimmer sind sehr geschmackvoll eingerichtet und mit Dusche/WC, Haartrockner, Telefon, TV (kostenlose SKY Programme), Radio,



Ihr 4-Sterne-superior TRIHOTEL am Schweizer Wald



Eine Empfehlung des TRIHOTELS (Herr Weiß, Geschäftsführer, Frau Litschko, Direktorin)

Besonders interessant ist das Robben-Forschungsinstitut. Auf einem ausgedienten Flussdampfer an der Warnemünder Ostmole ergründen Wissenschaftler, wie sich die Tiere in natürlicher Umgebung orientieren.

kostenlosem WLAN, Minibar und Safe ausgestattet. Die Doppelzimmer Standard liegen zur Straße, die Doppelzimmer Superior zum Wald und verfügen über ein romantisches Himmelbett.

Ihre **Verpflegung** umfasst täglich ein reichhaltiges Vital-Frühstücksbuffet und einmal ein romantisches 3-Gang Candle-Light Dinner oder TRIHOTEL Buffet-Gaumenschmaus.

Die **Wellness-Oase AQUA** des Hotels bietet eine geprüfte und zertifizierte Angebotsvielfalt (Wellness-Oase ist nur für Erwachsene zugänglich). Verbringen Sie entspannte Stunden im Pool mit Sternenhimmel, Panorama-Blockbohlen-Sauna, Aroma-Dampfbad, Kräuterbad, Tepidarium, Planetarium, Kneipp-Rondell, Cardio-Fitness-Studio, Erlebnisduschen etc. Gegen Gebühr sind vor Ort verschiedene Anwendungen buchbar. (Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilw. gegen Gebühr.)

Wunschleistungen pro Person

- Zuschlag Doppelzimmer Superior 50,- €/Aufenthalt
- Bahnreise zum Bf. Rostock und zurück ab 44,- €

www.gdp-gesundheitsreisen.de

Inklusivleistungen pro Person

- Übernachtungen im 4-Sterne-superior TRIHOTEL am Schweizer Wald im Doppelzimmer Standard
- Täglich reichhaltiges Vital-Frühstücksbuffet
- 1 x romantisches 3-Gang Candle-Light Dinner oder TRIHOTEL Buffet-Gaumenschmaus
- 1 x Aroma-Öl-Teilmassage (ca. 25 Min.; D18B01M) oder 1 intensive Beauty-Gesichtsbehandlung (ca. 50 Min.; D18B01N) (bitte wählen Sie bei Buchung)
- Kneipp-Tee an der Vitalbar
- Nutzung der exklusiven Bade- und Wellnesslandschaft AQUA
- Teilnahme am Tanzabend „Schlemmen und Schwofen“ jeden 2. Samstagabend
- Leihbademantel, -badetuch und -badeschuhe

Termine und Preise pro Person im DZ in € im 4-Sterne-superior TRIHOTEL am Schweizer Wald

Kennziffer: 55584 Buchungscod: D18B01M/N

Anreisezeiträume	5 Tage/4 Nächte (So. – Do.) 4 Tage/3 Nächte (Do. – So.)
A 05.01. – 28.10.12	199,-

Einzelzimmer auf Anfrage buchbar. **Zusätzliche Kosten (vor Ort zahlbar):** Hunde ca. 10,- €/Tag, auf Anfrage, Parkplatz ca. 7,- €/Tag (kostenfreier öffentlicher Parkplatz direkt neben dem Hotel).

Reisetelefon: **0211-291 01 44**
Servicezeiten: Mo. – Fr. von 9.00 – 18.00 Uhr

Ständig aktuelle Angebote unter
www.gdp-gesundheitsreisen.de

Mediplus
REISEN



Änderungen vorbehalten, es gelten unsere AGBs und die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten. Daraufhin wird eine Anzahlung von 30 % (mind. 25,- €) auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen. Reiseveranstalter: Mediplus REISEN, eine Marke der Mediplus GRUPPE GmbH, 53225 Bonn

REISE-SERVICE
GDP-Service-GmbH NRW

Gewinner kommen aus Euskirchen und Krefeld

Die Aktion „Du wirbst“, die der Landesbezirk NRW im Juli gestartet hat, war ein voller Erfolg: Bis Anfang Dezember wurden 187 neue Mitglieder aus dem Bestand geworben, ohne die Berufsanfänger. Möglich war das nur, weil sich in allen Kreisgruppen aktive Mitglieder auf den Weg gemacht haben, um ihre Kolleginnen und Kollegen für die GdP zu gewinnen.

Inzwischen stehen auch die Gewinner fest, die aus dem Kreis der Werber gezogen worden sind: Zu einem Champions-League-Spiel seiner Wahl reist Markus Hilgers aus der Kreisgruppe Euskirchen. Das Shoppingwochenende in einer europäischen Metropole geht an Sandra Stein aus Krefeld. Die Namen aller übrigen 30 Gewinnerinnen und Gewinner der Mitgliederkampagne stehen auf der GdP-Homepage.

Wegen des großen Erfolgs geht die Aktion „Du wirbst!“ 2012 in eine neue Runde: Unter allen Mitgliedern, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. April 2012 mindestens ein neues Mitglied aus dem Bestand werben, werden 30 tolle Sachpreise verlost. Der erste Preis ist eine zweitägige Reise zu den Olympischen Spielen in London.

Mehr Infos: Sandra Anders, Tel.: 02 11/ 2 91 01-24, E-Mail: sandra.anders@gdp-nrw.de



Glücksnummern des Monats

45 18396
Alexandra Mirbach, Hagen
45 19520
Sandy Pasdzior, Hagen
45 19217
Martin Hussain, Bielefeld
45 22327
Beate Späth, Märkischer Kreis

Die Gewinner erhalten eine Schultertasche „Galaxy“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

4. Januar, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Gaststätte „Strepp am See“, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Köln

19. Januar, Seniorentreffen, Frau Heisterkamp von der Beratungsgruppe „Wohn Mobil“ zum Thema „Hilfen und Möglichkeiten, die Wohnung, das Haus, alters- und behindertengerecht umzubauen“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

NACHRUF

Giesela Baade	8. 11. 1920	Duisburg	Friedhelm Kwekkeboom	4. 1. 1942	Wesel
Helmut Becker	13. 9. 1921	Gelsenkirchen	Heribert Löblein	1. 6. 1924	Dortmund
Horst Bestian	19. 11. 1928	Bergisches Land	Fritz Löwedey	6. 11. 1922	Münster
Werner Böker	19. 5. 1946	AP Düsseldorf	Erich Lüchters	24. 8. 1938	Gelsenkirchen
Anna Maria Braß	22. 7. 1921	Rheinisch Bergischer Kreis	Hedwig Maßny	5. 1. 1922	Bochum
Frank Erke	8. 7. 1958	Münster	Arnold Ohlenforst	22. 6. 1926	AP Düsseldorf
Richard Farsbotter	8. 8. 1930	Mönchengladbach	Katharina Roscheck	15. 8. 1920	Düsseldorf
Jürgen Fickenzer	23. 6. 1958	Bergisches Land	Lieselotte Roß	25. 9. 1937	Selm
Olaf Fromm	1. 2. 1967	Soest	Wolfgang Rottmann	14. 5. 1925	Gelsenkirchen
Heinrich Giese	28. 12. 1914	Recklinghausen	Trude Hannelore Schild	7. 1. 1926	Mönchengladbach
Lieselotte Gödeke	1. 10. 1926	Lippe	Harry Schmidt	10. 2. 1955	Köln
Jürgen Göke	28. 2. 1943	Köln	Robert Schramm	7. 1. 1918	Neuss
Josef Hogen	6. 1. 1915	Aachen	Gertrud Schulzen	18. 12. 1916	Krefeld
Franz Hölzer	21. 4. 1920	Leverkusen	Monika Springmann	6. 2. 1970	Recklinghausen
Willi Horster	23. 11. 1922	Krefeld	Hans Stülpner	23. 7. 1913	Hagen
Grete Hünerlage	21. 11. 1919	Bielefeld	Fritz Taube	11. 11. 1920	Dortmund
Sophie Jäger	25. 10. 1911	Hagen	Gerhard Völkering	27. 5. 1923	Dortmund
Hermann Josef Jakobs	25. 12. 1946	BZ Linnich	Joachim Volkery	5. 10. 1951	Düsseldorf
Silvia Keutmann	8. 10. 1960	Bergisches Land	Walter Wagner	13. 4. 1931	Essen/Mülheim
Martin Korte	28. 2. 1966	Dortmund	Gustav Weber	25. 12. 1950	Hamm
Herbert Kuschinsky	8. 11. 1922	Kleve	Jürgen Wenzel	4. 12. 1943	Mettmann
			Fritz Ziegler	8. 7. 1927	Bergisches Land

